Grünes Licht für Haushalt

Drei SPD-Enthaltungen, sonst Einmütigkeit in Rotenburg

VON SILKE SCHÄFER-MARG

Rotenburg – Einstimmig bei drei Enthaltungen aus den Reihen der SPD hat das Rotenburger Stadtparlament am Donnerstag den Haushaltsplan 2019 verabschiedet. Rund 13 Millionen Euro sollen demnach investiert werden.

Die Sozialdemokraten haderten mit einem vom Magistrat vorgelegten Änderungsantrag, bei dem es um die künftige Verwendung der Einjährlich neu entschieden werden, ob und in welcher Höhe die Stadtwerke diesen finanziellen Beitrag an den städtischen Haushalt überweisen sollen. Bisher zahlten sie jährlich 570 000 Euro – Geld, auf das die SPD zur Stabilisierung des städtischen Haushalts nicht verzichten wollte. Das muss die Stadt auch nicht, wenn sie dem Magistratsvorschlag folgt. Der sieht nur konkret einen einmaligen Verzicht in diesem Jahr vor, weil es der Haushalt finanziell hergibt. Anschließend soll immer bedarfsgerecht jährlich neu entschieden werden.

Die UBR hatte schon früher gefordert, die Höhe der Zahlung an die Stadt stufenweise zurückzufahren, um mehr Geld bei den Stadtwerken zu lassen. Die Fraktion kann jedoch sehr gut mit dem Magistratsvorschlag leben, wie Fraktionsvorsitzender Hartmut Grünewald erklärt hatte – ebenso wie die CDU und das Gros der Sozialdemokraten.

Die Stadtwerke müssen als Tochter der Stadt diese Zahlung leisten, weil die Stadt sie bei deren Gründung finanziell und sächlich ausgestattet hatte. Über die Höhe wurde immer gerungen, doch gelten die Stadtwerke trotz hoher Investitionen als finanziell gut aufgestellt und können Zinsen und Abtrag ihrer Kredite bedienen. Darauf hatten mehrere Redner, darunter auch Wolfgang Bodenstein von der SPD und CDU-Fraktionsvorsitzender Jonas Rudolph, hingewiesen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Sebastian Münscher äußerte dagegen Zweifel, ob die Regelung steuerrechtlich einwandfrei ist. Damit brachte er Bürgermeister Christian Grunwald auf die Palme, weil bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen worden war, dass die Regelung mehrfach von Fachleuten geprüft und als problemlos angesehen worden war. Fakten zu ignorieren und ohne besseres Wissen einfach in Zweifel zu ziehen, so meinte Grunwald, beende jede sachliche Diskussion und sei eine unrühmliche Erscheinung der Gegenwart.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung des Magistratsantrags nach einer Sitzungsunterbrechung wurde mit den Stimmen von CDU und UBR bei Enthaltung von Thomas Nölke (SPD) abgelehnt.

ANZEIGE

te PS-Sonderauslosung am 13. Februar 2019.
e hierfür erhältlich bis 8. Februar 2019.

e Gewinnchancen:
0 VW T-Roc Sport

Anzahl an Pkw kann aufgrund nicht belegter Lose variieren. Teilnahöglich. Die Gewinnwahrscheinlichkeit auf einen der oben genannten 333. Der Verlust des Spieleinsatzes je Los beträgt 1,20 Euro.

Sparkasse
Bad Hersfeld-Rotenburg

genkapitalverzinsung der Stadtwerke geht. Klingt kompliziert, ist es auch ein bisschen. Im Prinzip soll künftig

HINTERGRUND

Straßensanierung raus

Erwartungsgemäß wurde die Sanierung der drei Straßen Oberer Höberück, Grünbergstraße und Schillerstraße in Lispenhausen (geplante Kosten: 1,2 Mio. Euro) aus dem Haushaltsplan gestrichen, in der Hoffnung, dass sich die Landesregierung doch noch bewegt und für einen finanzielle Ausgleich der Straßenbeiträge sorgt. Beantragt hatten das CDU und SPD. CDU-Fraktionsvorsitzender Jonas Rudolph erklärte, ewig könnten die Bauarbeiten nicht verschoben werden. Ehrlicherweise müsse man sagen, dass die Stadt es sich nicht leisten könne, auf Straßenbeiträge zu verzichten. Man müsse nötigenfalls gemeinsam eine Möglichkeit finden, die Belastungen so gering wie möglich zu halten, um Härtefälle zu vermeiden. sis

Jonas Rudolph, CDU.

Darauf können wir stolz sein

Die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung, mutige Beschlüsse der Stadtverordneten und die hervorragende Arbeit von Verwaltung und Bürgermeister nennt der CDU-Fraktionsvorsitzende als Gründe für den sechsten Haushalt in Folge, der ausgeglichen ist beziehungsweise einen Überschuss zu verzeichnen hat. Stolz sein könne man auf die geplanten Investitionen von 30 Millionen Euro bis 2022. sis

Wolfgang Bodenstein, SPD.

Gute Ausgangslage

Wolfgang Bodenstein von der SPD mahnte mit Blick auf die konjunkturelle Abhängigkeit der Stadt, keine Ertragsquellen zur Stabiliserung des Haushals aufzugeben und Kosten streng zu kontrollieren. Auch er sieht Rotenburg gut aufgestellt für den Stadtumbau mit allen Investitionen. Die MER mache einen guten Job, erklärte Bodenstein und dankte allen Bürgern, die sich für den Stadtumbau einsetzen. sis

Hartmut Grünewald, UBR.

Ungeheure Fleißarbeit

Den Haushalt so zu gestalten, wie er vorliegt, sei eine ungeheure Fleißarbeit von Verwaltung und Bürgermeister, lobte Hartmut Grünewald. Er warb erneut für den Wunsch der UBR nach Aufstockung des Jugendzentrumpersonals, sobald ein Konzept vorliegt. Er betonte, dass sich die Stadt nicht leisten könne, auf Straßenbeiträge zu verzichten. Sie durch eine Grundsteuererhöhung zu ersetzen, sei nicht zumutbar. sis

Bäder sollen wieder länger offen sein

Eine zusätzliche Stelle für eine Fachkraft im Bäderbetrieb sowie eine neue Ausbildungsstelle in diesem Bereich sollen in diesem Jahr eingerichtet werden. Das auch, damit die Öffnungszeiten wieder verlängert werden können. Bislang sind Hallen- beziehungsweise Freibad offiziell im Mai und September geschlossen. UBR und SPD stimmten für die neue Regelung und damit gegen die CDU, die nur einen Auszubildenden einstellen wollte.

Wenn Rotenburg im Tourismus punkten will, dann muss das auch über längere Öffnungszeiten der Bäder gehen, meinte Wilfried Ross (UBR). Jonas Rudolph (CDU) dagegen findet diese Regelung viel zu teuer: 70 000 Euro im Jahr zusätzlich für maximal acht Wochen mehr Öffnung – das sei schlicht „falsch“. sis